

19.2.2015

Rede zum Haushalt 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

Jörg Lorenz

Vorsitzender der

SPD Fraktion Uedem

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf wohl mit einem gewissen Recht behaupten, selten sprachlos zu sein. Aber bei der Einbringung dieses Haushaltes vor einigen Wochen hat der Bürgermeister das sogar gleich zwei Mal geschafft. Das erste Mal als er das mathematische Wunder verkündete, er delegiere nicht nur 100 Prozent, sondern sogar 110 Prozent, also zehn Prozent mehr als alles.

Das zweite Mal dann wenige Minuten später, als er doch allen Ernstes die Politik, also uns alle hier im Rat, aufforderte, wir sollten uns doch endlich einmal gründlicher mit den Zielen und Kennzahlen des Haushaltes befassen, weil die ja so ein wichtiges Steuerungsinstrument sind. Meine Damen und Herren, viele von Ihnen sind ja nicht erst seit gestern im Gemeinderat und haben schon eine ganze Reihe von Haushaltsdebatten verfolgt. Sie haben daher miterlebt, dass ich für die SPD seit der Einführung der NKF-Haushalte Jahr für Jahr darum geworben habe, dieses Thema – nämlich Steuern nach Zielen – endlich möglich zu machen. Die SPD-Fraktion hat Haushalte abgelehnt, weil es genau daran haperte. Und jetzt kommt der gleiche Bürgermeister, der immer Geduld forderte und die Schwierigkeiten beschrieb, die die Formulierung von Zielen und Kennzahlen bereite, und fordert uns auf, wir sollten uns damit doch endlich einmal befassen. Wie gesagt, ich war sprachlos.

Aber zugleich war ich auch gespannt. Denn wenn der Bürgermeister schon fordert, dass der Rat sich damit befassen soll, dann ist er ja gewiss überzeugt, einen großen Wurf geliefert zu haben. Also haben wir uns diese Seiten besonders aufmerksam angesehen und sind in der Tat auf Bemerkenswertes gestoßen. Hier nur einige Beispiele:

Auf Seite 36 finden wir die Daten und Ziele zum Grundstücks- und Gebäudemanagement. Unter operative Ziele heißt es: „Einsparung von Energie“. Bei den Kennzahlen aber wird der Wärme- und Stromverbrauch für die kommenden Jahre unverändert fortgeschrieben.

Auf der Seite 129 – hier geht es um unser Jugendzentrum Focus- steht unter den Maßnahmen „Einbindung der neuen Freizeitstätte an der Hohen Mühle“. Im Fachausschuss am 26.1. war davon nicht die Rede. Im Gegenteil: Auf die Befragung der Kollegin Benninghoff teilte Herr Öz mit, ein neues Programm sei nicht geplant

Auf Seite 147 bei den Sportaußenanlagen ist eines von zwei operativen Zielen „Optimierung der Auslastung der Sportplätze“. Wir finden aber keine einzige Maßnahme, die uns diesem Ziel auch nur einen Schritt näher bringen würde.

Auf der Seite 189 – hier geht es um Straßen, Wege und Brücken.- findet sich unter den operativen Zielen: „Reduzierung des Straßenanteils mit der höchsten Schadensklasse“. Bei den Zielerläuterungen heißt es dann nur noch dieser solle „nicht ansteigen bzw. sinken“

Auf der Seite 113 bei der Produktgruppe „Grundsicherung für Arbeitssuchende und SGB II“ finden wir unter den Grunddaten die Annahme, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der

erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ Jahr für Jahr leicht zurück gehen soll – was selbstverständlich sehr wünschenswert wäre – gleichzeitig aber die Kosten der Unterkunft Jahr für Jahr um 20.000 € steigen sollen. Erst nach einer entsprechenden Frage unserer Fraktion wurde dies geändert.

Auf der Seite 237 steht als operatives Ziel „Steigerung der Internetzugriffe auf die Seite „Tourismus + Freizeit“. Aber auch hier finden wir keine einzige Maßnahme, die dazu beitragen könnte. Im Gegenteil: Onlineaktivitäten, Nutzung des web 2.0 ist nicht vorgesehen oder jedenfalls werden keine Mittel dafür bereitgestellt. Dafür finden wir aber unter den Maßnahmen, mit denen mehr Touristen nach Uedem geholt werden sollen, bereits 2015 die „Entwicklung von neuen touristischen Angeboten, auch im Zusammenhang mit dem neuen Alleenradweg“ – den es bekanntlich in diesem Jahr noch gar nicht geben wird.

Diese Liste ließe sich nahezu beliebig fortsetzen und ich werde auch noch einmal darauf zurückkommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister: Schön, dass auch Sie inzwischen erkannt haben, welche Bedeutung diese Kennzahlen und Ziele haben können, wenn sie sorgfältig erarbeitet und mit Sinn und Verstand gestaltet sind. Aber davon sind wir leider noch meilenweit entfernt. Steuern mit Zielen und Kennzahlen funktioniert nur dann, wenn eindeutige SMARTe Ziele definiert, die sich bei Zielereichung ergebenden Daten als Kennzahlen übernommen und die Maßnahmen definiert werden, die zur Erreichung dieser Ziele getroffen werden müssen. Ansatzweise gelungen ist dies – um auch einmal ein positives Beispiel zu nennen - beim Thema öffentliches Grün auf Seite 214. Aber auch hier finden wir zwar brauchbare Zahlen zu den Spielplätzen, nicht aber zu den Grünflächen. Das wäre aber hilfreich, wenn wir zum Beispiel im Rahmen von Sparkonzepten über die Absenkung von Standards in diesem Bereich beraten wollen. Eine Maßnahme, die angesichts der Personalsituation sicher geboten wäre.

Vor wenigen Wochen hat die CDU den Amtsinhaber ja zur Wiederwahl vorgeschlagen. Eigentlich erstaunlich, wenn man so manche Diskussion der letzten Jahre noch im Kopf hat, aber offenbar hat die CDU in ihren eigenen Reihen keinen besseren – was aus meiner Sicht mehr über die dünne Personaldecke der CDU sagt als über die Qualität des Bürgermeisters – aber das nur am Rande. In der Berichterstattung zur Pressekonferenz der CDU war nachzulesen, welches Projekt der Bürgermeister für das größte in Uedem hält. Nämlich, so die Rheinische Post: Die Liquidität. Wahrlich keine neue Erkenntnis. Ich zitiere aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters am 19.12.2013: „Daher ist die Liquiditätslage viel besorgniserregender, wie es der SPD-Fraktionsvorsitzende Jörg Lorenz in seiner Haushaltsrede zum Haushalt 2013 trefflich ausgedrückt hat.“ Ich freue mich, dass wir uns an dieser Stelle offenbar einig sind, Herr Bürgermeister.

Es gilt also nach Möglichkeiten zu suchen, die Liquiditätslage zu verbessern. Dafür gibt es letztendlich nur zwei Wege: Einsparungen - insbesondere im Bereich der konsumtiven Ausgaben oder der Personalkosten - und/oder Verbesserung der Einnahmen. Mit Erstgenanntem, also den Ausgaben hat sich –ich möchte fast sagen „in grauer Vorzeit“ – einmal ein Arbeitskreis dieses Rates befasst. An dieser Stelle zitiere ich (ich verspreche zum letzten Mal heute) wieder Herrn Weber. Und zwar wieder aus seiner Rede vom 19.12.2013. Und sollten Sie an der Korrektheit der Zitate zweifeln: Können Sie alles auf der Webseite der Gemeinde nachlesen. Dieses Zitat finden Sie auf den Seiten 4 und 5: „Wir müssen weiterhin alle Möglichkeiten auf Optimierungspotential und Einsparpotential hin prüfen. Diese Aufgabe setzt in 2014 einen Schwerpunkt in der Arbeitsgruppe „Gemeindefinanzen“, die leider in 2013 aus Gründen der Arbeitsüberlastung nicht einberufen worden ist. Im 1. Quartal des neuen Jahres sollten wir gemeinsam weitere Überlegungen für eine solide Finanzpolitik in den kommenden

Jahren in der Arbeitsgruppe „Gemeindefinanzen“ anstellen.“ (Zitat Ende) Damit das nicht missverstanden wird: Gemeint war das 1. Quartal 2014.

Meine Damen und Herren: Wir sind heute ein ganzes Jahr weiter und die Arbeitsgruppe ist noch immer nicht einberufen worden. So wichtig ist diesem Bürgermeister dieses Thema, dieses „größte Projekt der Gemeinde Uedem“.

Wir wissen natürlich, dass er ohnehin der Auffassung ist, dass alle guten Ideen nur von ihm kommen können. Und deshalb hält er diese Arbeitsgruppe vermutlich für überflüssig. Wenn dem denn so wäre, dann könnte man ja noch verschmerzen, dass er die Arbeitsgruppe Gruppe nicht einlädt. Aber wir haben nüchtern festzustellen: Der vorgelegte Haushaltsentwurf enthält keinerlei nennenswerte Einsparvorschläge.

Der Bereich der Personalkosten fällt in Uedem als Sparpotenzial aus Sicht der SPD-Fraktion aus. Im Gegenteil: Es zeigt sich, dass schon mit dem vorhandenen Personal die unabwendbaren Aufgaben nur höchst unzureichend erfüllt werden können und der Stellenplan den tatsächlichen Personalbedarf auch nicht widerspiegelt. Im Haushalt selbst finden wir schon die Einplanung von zwei neuen halben Stellen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und bei der Freizeitstätte, im Bauhof wird eine neue Stelle benötigt und eine 0,32 Stelle für die Bauhofverwaltung. Hinzu kommen erhebliche Probleme mit der Arbeitsüberlastung und einem hohen Krankenstand. Auf alle diese Probleme regiert der vorgelegte Stellenplan nicht. Hier ist nur eine Steigerung von 43,69 auf 44,61 vorgesehen. Das heißt: Der vorgelegte Plan gibt die tatsächliche Notwendigkeit nicht wieder und wird mit Sicherheit noch im Laufe des Jahres – vermutlich aber erst nach der Wahl – Makulatur sein. Wir haben dieses Thema bereits im HFA ausführlich diskutiert. In der Konsequenz aus dieser Debatte wurde jetzt zwar nicht der Stellenplan verändert, aber zumindest im Haushalt Vorsorge für befristete Stellen geschaffen und Mittel für eine Orga-Untersuchung, die den konkreten Stellenbedarf klären soll, bereit gestellt.

Bleibt die Frage der Einnahmeverbesserung, sprich Steuer- und/oder Gebührenerhöhungen. Natürlich in einem Wahljahr ein ganz besonders heikles Thema. Hier versucht sich der Bürgermeister an einem Spagat: Er schlägt für 2015 keine Steuererhöhung vor, kündigt aber eine solche für den Moment an, wo die Ausgleichsrücklage der Gemeinde unter 2 Millionen Euro sinkt, was nach seiner eigenen Vorlage schon 2018 der Fall sein wird. Bis dahin nimmt er billigend in Kauf, dass die pro-Kopf-Verschuldung auf ein neues Rekordmaß von geplant 864 € steigt und die Liquidität auf rund minus 4 Millionen Euro sinken wird.

In diesem Zusammenhang ein kurzer Ausflug in Richtung CDU-Fraktion, deren Vorsitzender Michael Lehmann jüngst erneut seine Rechenkünste bewiesen hat. Erneut, weil er schon im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt für 2014 mit der Erkenntnis verblüffte, die Gemeinde Uedem mache 2014 keine neuen Schulden, weil das Darlehn, das aufgenommen werden musste, ja eigentlich schon 2013 hätte aufgenommen werden können und darum handele es sich eben nicht um neue Schulden. Jetzt sagt er, laut Rheinischer Post, die Gemeinde komme ohne Kassenkredite aus. Vermutlich beruht diese kühne Aussage auf der Tatsache, dass wir Stand heute noch keine haben aufnehmen müssen. Aber das soll ja im Laufe des Jahres anders werden. K-a-s-s-e-n-k-r-e-d-i-t-e. So, Herr Bürgermeister buchstabiert man das. Sie haben ja via NRZ vom 3.2. die staunende Öffentlichkeit wissen lassen, dass Sie nicht einmal wissen, wie man das schreibt. Dabei sollen wir heute auf ihren Vorschlag hin beschließen, dass zur Sicherstellung der Liquidität in 2015 3 Millionen Euro Kassenkredite aufgenommen werden dürfen. Nach ihrer eigenen Planung wird unsere Liquidität am Ende dieses

Jahre ein Minus von 1,9 Millionen Euro aufweisen. 10.000 € stehen als vorsorglicher Ansatz für Zinsen bereit. Auf der Seite 260 können Sie dafür das noch schwierigere Wort Kassenkreditzinsen nachlesen. Zinsen für Kredite also, von denen unser Bürgermeister nicht einmal weiß, wie man sie schreibt. Da können wir froh sein, dass der Haushaltsplan in erster Linie vom Kämmerer verfasst wird – der hat dieses Problem offensichtlich nicht.

Bei Bürgermeister Weber ist es jedenfalls nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, wenn er von der großen Bedeutung des Themas Liquidität spricht, dem aber keine Taten folgen lässt. Dabei sind wir uns durchaus im Klaren darüber, dass dies keine leichte Aufgabe ist und tun auch nicht so, als müsse man nur wollen, dann ginge das schon. Aber man kann mit kleinen Schritten durchaus Erfolge erzielen. So dient auch der SPD-Antrag zur Einführung der digitalen Ratsarbeit dem Ziel der Kostensenkung. Auch wenn zunächst Geld investiert werden muss: Je früher die Verwaltung zumindest bei einigen Ratskollegen oder sachkundigen Bürgern auf die Produktion und den Versand von Papiervorlagen verzichten kann, desto eher setzt der Einspareffekt ein.

Dauerhaft auf Einsparpotenziale zielt das Programm der energetischen Sanierung der gemeindlichen Gebäude. Hier nehmen wir viel Geld in die Hand, nicht zuletzt als kommunalen Beitrag zum Klimaschutz. Aber daneben ist natürlich ein wichtiges Ziel, durch deutliche Reduzierung der Energiekosten auch zu Einsparungen im konsumtiven Bereich zu kommen. In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal zurück auf das Thema Kennzahlen und Ziele. 2012 haben wir die Maßnahme „Energetische Sanierung der Zweifachturnhalle“ beschlossen. Von den in der entsprechenden Vorlage 94/2012 beschriebenen Varianten haben wir uns für die Variante A, genauer gesagt für A plus entschieden. Dazu hieß es in der Vorlage „Durch die energetische Sanierung reduzieren sich die jährlichen Energieverbräuche folgendermaßen: Variante A Brennstoff 50.392 kWh, Strom 17.713 kWh, gesamt 68.105 kWh.“ Nun schauen wir wieder in unseren Haushaltsplanentwurf und finden für 2015 und auch für die Folgejahre folgende Ansätze: Wärme 83.000 kWh, Strom 50.000 kWh. Macht zusammen 133.000 kWh. Das wäre doppelt so viel, wie in unserem damaligen Beschluss vorgesehen. Es gibt hier genau zwei Möglichkeiten: Entweder – und das wollen wir hier im Haus sicher alle nicht hoffen – war die Maßnahme an sich ein Desaster, oder die Seite 135 unseres Haushalts ist nicht einmal das Papier wert, auf das sie gedruckt wurde. Die SPD erwartet hier schnellstens Aufklärung.

Meine Damen und Herren,

ich könnte es jetzt machen wie der Kollege Lehmann, und nochmals die vielen Maßnahmen aufzählen, die wir mit diesem Haushalt auf den Weg bringen werden. Ich erspare ihnen das genauso wie das beliebte Spiel, je nach politischer Coleur auf die Bundes- oder Landesebene zu schimpfen und zu klagen, dort gebe man zu wenig Geld für die Kommunen aus. Das hilft ja niemandem weiter und wäre auch wieder bestenfalls die halbe Wahrheit, weil die Zusammenhänge doch sehr komplex sind.

Klar ist: Der Haushalt für 2015 ist strukturell nicht ausgeglichen und kann nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 1,4 Millionen Euro zumindest fiktiv ausgeglichen gestaltet werden. Bei einem Haushaltsvolumen von rd. 13 Millionen bei den Erträgen bedeutet dies eine Unterdeckung von über 10 Prozent.

Und ich gestatte mir noch ein Wort zu den Steuerzahlern. Der Bürgermeister lässt es sich ja in seinen Haushaltsreden nie nehmen, den Gewerbesteuerzahlern in Uedem dafür zu danken, dass sie diese Steuern bezahlen. Auch jüngst in der NRZ betonte er noch seinen Stolz auf sie. Spätestens 2017 –

sollte er dann noch im Amt sein – muss er überlegen, ob er diesen Dank nicht eher an die gesamte arbeitende Bevölkerung und die steuerzahlenden Rentner richten muss. Spätestens dann nämlich werden die Einnahmen der Gemeinde aus der Einkommensteuer voraussichtlich höher liegen als aus der Gewerbesteuer.

Im gleichen Jahr übrigens, in dem nach dem Finanzplan der Gemeinde der neue Rekord in der Pro-Kopf-Verschuldung erreicht sein wird, nämlich 864,-€. Nun denken Verwaltung und CDU-Fraktion offenbar darüber nach, eine Art kommunale Schuldenbremse einzuführen, nach der die Pro-Kopf-Verschuldung auf 850,- € begrenzt werden soll. Eine Summe, die völlig willkürlich gegriffen wurde und genauso gut 750,- oder 1.000,- € heißen könnte. Kann man ja machen, aber aufgepasst: Bei den Berechnungen nicht einbezogen werden sollen die Kassenkredite, die ja nach der vorgelegten Planung bis dahin schon Millionenbeträge erreicht haben werden. Nun stellen wir uns einmal folgendes Szenario vor: Diese willkürliche Grenze ist erreicht, es gibt aber die Notwendigkeit, unvorhergesehen zum Beispiel ein Gebäude zu sanieren. Dafür stünden sehr zinsgünstige Darlehn zur Verfügung. Diese dürften wir aber nicht aufnehmen, weil wir ja unsere Schuldenbremse haben. Würden wir dann stattdessen aus dem nicht vorhandenen Eigenkapital, sprich mit Kassenkrediten bezahlen? Oder würden wir dann die Schuldenbremse lösen? So oder so, sie wäre sinnlos. Nicht umsonst hat der Rat bei der Aufstellung der strategischen Ziele darauf verzichtet, Schuldenfreiheit als ein solches zu definieren, sondern eine verantwortungsvolle Finanzpolitik nach den Grundsätzen Zielorientierung, Kostenbewusstsein und Nachhaltigkeit vereinbart. Dabei sollten wir es nach unserer Auffassung belassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die SPD hat sich aktiv in die Haushaltsberatungen eingebracht. Unsere Anträge dazu haben Mehrheiten gefunden. Auch unseren Bedenken hinsichtlich des Personalbedarfs wurde Rechnung getragen. Wir haben zwar deutliche Kritik an der nach wie vor mangelhaften Erarbeitung von Zielen, werden aber gleichwohl dem Haushalt insgesamt zustimmen. Sollte allerdings auch in 2015 der AK Gemeindefinanzen nicht tagen und es bei den Lippenbekenntnissen des Bürgermeisters bleiben, schließen wir das für 2016 bereits jetzt aus. Auch bei den Zielen und Kennzahlen erwarten wir deutliche Verbesserungen.

Ich schließe mit dem Dank an die Verwaltung für die erteilten Auskünfte und die Unterstützung bei unseren Beratungen, insbesondere an die Herren Billion und Lentz, und danke für ihr geduldiges Zuhören.